



# Interviews

27. Juni 2024

## Philipp May im Gespräch mit Joachim Paul, Heinrich-Böll-Stiftung, Nairobi

**Philipp May:** Über all das können wir jetzt mit Joachim Paul sprechen. Er ist auch in Nairobi, weil er leitet dort das Büro der Böll-Stiftung. Jetzt ist er am Telefon. Schönen guten Morgen, Herr Paul.

**Joachim Paul:** Guten Morgen.

**May:** Wir haben es gehört: William William Ruto verzichtet auf die Steuererhöhung. Ist die Lage damit jetzt wieder einigermaßen beruhigt?

**Paul:** Das würde ich so noch nicht sagen. Für heute hat die Generation Z, die GenZis, weitere Demonstrationen angekündigt und die haben sie auch nach der Rede von Präsident Ruto gestern Abend nicht zurückgenommen, und zwar ist ein Marsch in Richtung State House, den Regierungssitz von Ruto angekündigt und Straßenblockaden. Wir müssen jetzt sehen, wie sich das tatsächlich heute abspielen wird. Bis gestern Abend wurde weiter dafür mobilisiert.

**May:** Das waren ja dramatische Bilder, die uns unter der Woche erreicht hatten, mit dem brennenden Parlament. Viele fühlten sich erinnert an den 6. Januar 2021 in den USA. Wer hatte denn Schuld an der Eskalation?

**Paul:** Die Demonstrationen haben ja schon am 18. Juni angefangen. Es waren ja schon einige Tage, wo wirklich Zehntausende und Hunderttausende auf der Straße waren. Die Forderung war ja, das Haushaltsgesetz, die Finance Bill nicht so durch das Parlament zu bringen. Am dem Morgen hat das Parlament in einer Eilabstimmung innerhalb von zwei Stunden, in einer Rekordzeit das Gesetz verabschiedet und das hat dann zu dieser Eskalation geführt. Sicherheitskräfte wurden überrannt und man konnte selber, wie die Abgeordneten durch einen Tunnel in das Nachbarhaus in Sicherheit gebracht wurden. In das Parlament selber sind dann die Demonstranten wirklich eingedrungen. Schuld, würde ich sagen, war die Situation als solche, die Konfrontation, und von Seiten der Demonstranten die große Wut und Frustration darüber, dass auf Regierungsseite keinerlei Einlenken oder keinerlei Angebot zum Dialog kam.

**May:** Waren diese Steuererhöhungen eher Ursache oder Auslöser der Proteste?

**Paul:** Ich würde sagen, beides. Dieses Steuergesetz ist ja schon das zweite, das Ruto seit seinem Regierungsantritt vor mittlerweile fast drei Jahren durchgebracht hat, und letztes Jahr zur gleichen Zeit im Juni, wenn die Abstimmungen über das Haushaltsgesetz stattfinden, gab es massive Demonstrationen, bei denen über 140 oder 150 Menschen ums Leben gekommen sind. Das war der Auftakt von dieser Politik, die Präsident Ruto eingeführt hat. Jetzt bei dem Steuergesetz 2024 war es eine andere Situation, die sich aber aufbaute auf der Si-

tuation vorher. Sie war anders, weil die politische Opposition, die damals diese Proteste geleitet hat, jetzt vollkommen abwesend ist. Ich glaube, dass wirklich über einen längeren Zeitraum die Proteste vorbereitet wurden, dann aber durch die harte Haltung der Regierung, keinen Dialog über diesen Gesetzentwurf haben zu wollen, noch mal ausgelöst wurde und auch so viele Menschen auf die Straßen gebracht hat.

**May:** Jetzt hören wir, dass Kenia eigentlich ein stabiles Wirtschaftswachstum hat, immer um die fünf Prozent, glaube ich. Wie gut steht das Land wirtschaftlich da? Waren diese Steuererhöhungen wirklich nötig?

**Paul:** Ja, das Wirtschaftswachstum ist vorhanden, aber das große Problem ist der Schuldenabtrag. Kenia hat in den letzten zehn, zwölf Jahren vor allem in den beiden Vorgängerregierungen der jetzigen Regierung sehr viele Schulden angehäuft und muss einen Schuldenabtrag von über 60 Prozent der Staatseinnahmen leisten. Anfang des Jahres gingen viele Beobachter noch davon aus, dass es im Laufe des Jahres ein Default, eine Zahlungsunfähigkeit des Landes geben könnte, was einer wirtschaftlichen Katastrophe gleichkäme.

**May:** Hatte William Ruto eigentlich keine andere Wahl gehabt, als Steuern zu erhöhen?

**Paul:** Er hat keine andere Wahl, als auf die Schuldensituation einzugehen. Wie auf die Schuldensituation eingehen, das ist die Frage. Er hat ja auf die Vorschläge des IWF, des Internationalen Währungsfonds, reagiert, die Kenia bestätigt haben, dass die Steuereinnahmen gegenüber dem Bruttoinlandsprodukt gesehen, sehr niedrig sind, besonders im Vergleich mit anderen Ländern in der Region, und das ist auch immer das Argument des Präsidenten, dass Steuererhöhungen gerechtfertigt sind. Was aber die Protestierenden ihm vorwerfen und der Regierung vorwerfen ist, dass er und die Regierung die soziale Realität, die wirtschaftliche Lage großer Teile der Bevölkerung überhaupt nicht erkennt. Sie sagen, sie sind wirklich am Existenzminimum, sowohl was ihre Möglichkeiten angeht, sich zu versorgen, als auch die hohen Abgaben zu bezahlen. Das ist eine Seite, wie viele zusätzliche finanzielle Lasten kann die Bevölkerung überhaupt noch tragen. Das ist eine Seite. Die andere Seite ist die Ausgabenseite. Wenn es um die Staatseinnahmen und den Staatshaushalt geht, geht es ja nicht nur um Steuern. Es geht ja auch darum, wie die Regierung mit den öffentlichen Finanzen umgeht, und darauf hat ja Ruto auch in seiner Rede hingewiesen. Sie haben es vorhin in der Anmoderation gesagt, dass Ruto auf die Ausgabenseite schauen will. Nun hat er das so dargestellt, als würde es darum gehen, dass zusätzliche Ausgaben für die Regierungsführung, für Autos, für Renovierung etc. nicht ausgegeben werden sollen, aber ein großes Problem ist die weit verbreitete Korruption und der Umgang mit öffentlichen Geldern, der nicht besonders stark kontrolliert ist. Das ist der zweite Punkt, der große Vorwurf gegenüber der Regierung, und man kann, glaube ich, sogar sagen, der der politischen Elite, der politischen Klasse von den Demonstrierenden vorgebracht wird.

**May:** Jetzt haben Sie auch den Internationalen Währungsfonds ins Spiel gebracht und haben gesagt, im Prinzip setzt man die Vorgaben des IWF um. Richten sich die Proteste nur gegen Ruto, oder auch gegen den IWF, der auch als Instrument des Westens gesehen wird, also möglicherweise auch gegen den Westen, wie in vielen anderen afrikanischen Ländern?

**Paul:** Ja, beides, aber ich würde es trotzdem differenzieren. Die Proteste richten sich jetzt direkt gegen Ruto und seine Regierung, den, wie es von Demonstrantenseite vorgebracht wird, vollkommen arroganten Umgang mit diesem Thema Haushaltsgesetz. Das ist wirklich der Hauptpunkt. Dabei kommt immer wieder Kritik am IWF mit auf, an der internationalen Schuldenpolitik, an dem Umgang der internationalen Finanzinstitutionen mit den Schuldnerländern. Das ist ja auf dem Kontinent nicht nur Kenia. Das taucht immer öfter als Argument in den Demonstrationen auf und wird immer mehr in die Öffentlichkeit gebracht. Ich würde es nicht generell als eine Kritik am Westen sehen, sondern eine konkrete Kritik an dem Umgang der Finanzinstitution Weltbank, aber hauptsächlich IWF, und der westlichen Länder, die diese Politik so stark mit fördern.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*